

Statement für Menschlichkeit

Marien-Schülerinnen diskutieren über Demokratie, Flucht und Integration

23.05.19



*An der Veranstaltung „Fluchtpunkte“ am Demokratietag beteiligten sich die Schülerinnen des Marien-Gymnasiums im regen Austausch mit den Podiumsteilnehmern.
© Kola*

Kaufbeuren – Über Flucht, Fluchtursachen, Integration und Chancen diskutierten rund 150 Schülerinnen des Marien-Gymnasiums Kaufbeuren im Rahmen des Demokratietags „Fluchtpunkte – Perspektiven auf Flucht aus, in und nach Deutschland“, den die Multivision als Verein für Jugend- und Erwachsenenbildung veranstaltete. Sowohl die Podiumsteilnehmer als auch die Schülerinnen äußerten Kritik, Wünsche und Anregungen zum kontroversen Thema.

Ziel des Projekts ist es, „über die Grundlagen unseres Demokratieverständnisses zu sprechen, verschiedene Blickwinkel aufzuzeigen“ und „jenseits der großen Schlagzeilen, der Meinungsbilder aus der eigenen Filterblase“ eine fundierte Diskussionsgrundlage zu schaffen.

„Kein Mensch verlässt seine Heimat ohne Not“, ist Günter Kamleiter vom Arbeitskreis Asyl überzeugt. Es gelte, aufeinander zuzugehen, um die Geschichte hinter dem Menschen

kennenzulernen. Der beste Schutz sei der direkte Kontakt zu den Menschen, um eine Ghettobildung zu verhindern.

„Integration klappt nur dann, wenn beide Seiten miteinander reden“, bekräftigte Integrationslotsin Cornelia Paulus. Diejenigen, die sich um das Erlernen der deutschen Sprache und um Arbeit bemühen, müssten auch auf Seiten der Politik eine Anerkennung ihrer Integrationsleistung erfahren, forderte sie außerdem. Man dürfe wegen weniger „schwarzer Schafe“ nicht alle Flüchtlinge „über einen Kamm scheren“, meinte auch Jürgen Schick als Bildungskordinator für Neuzugewanderte. Hier seien laut Kamleiter die Politik und die Beamten der Ausländerbehörde gefragt, „menschliche Entscheidungen“ zu treffen und sich nicht blind dem Druck zu beugen, möglichst viele Leute wieder zurückzuführen. „Sie kennen die Menschen, schauen ihnen in die Augen, hören ihre Geschichte, aber schieben sie trotzdem ab.“

Diskussion über Hetze und rechte Gewalt

Auch aus dem Kreise der Schülerinnen wurden Forderungen an die Politik laut, vor allem im Hinblick auf rechts motivierte Gewalttaten, wie die Ausschreitungen in Chemnitz, Stellung zu beziehen, sich klar zu positionieren. Auch die Frage danach, warum die Polizei, wie beispielsweise im Falle der rechten Ausschreitungen 1992 in Rostock, „nicht gehandelt hat“, kam im Rahmen der Diskussion auf. Rechtspopulistische Ansichten seien laut Peter Keup als Zeitzeuge der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen „in allen Bereichen der Bevölkerung“ verbreitet; ein „repräsentativer Prozentteil“ sei dafür empfänglich, so Keup.

Dabei äußern sich rassistische Ressentiments eher selten offen. Es sei vor allem „subtile Fremdenfeindlichkeit und unterschwelliger Hass“, der am Stammtisch und in den sozialen Medien brodelte, so Kamleiter. Er appellierte an die jungen Menschen, sich eine eigene Meinung zu bilden und den Mut zu haben, diese offen zu vertreten.

Eine Schülerin merkte an, sich die Belange der „Protestwähler“ anzuhören und darauf einzugehen, damit diese nicht zu den rechten Parteien gehen.

Kritisiert wurde an anderer Stelle die Verfolgung wirtschaftlicher Interessen seitens des Staates, die die Menschlichkeit in den Hintergrund rücke, sowie das Ausblenden von Menschenrechtsverstößen als Fluchtursache.

2016 folgte dem Brandanschlag auf die geplante Asylbewerber-Unterkunft in Neugablonz eine Solidaritätsdemonstration mit 1.000 Bürgern. So riefen auch die Podiumsteilnehmer zur kritischen Reflexion auf; dazu, die Begegnung mit den Menschen zu suchen und sich mit der eigenen Meinung in den Diskurs einzubringen.

von Mahi Kola